

## SCHWELENDER TERRITORIALSTREIT ZWISCHEN CHINA UND JAPAN:

### ASPEKTE DES SENKAKU-PROBLEMS

Manfred Pohl

Die Senkaku-Gruppe, fünf winzige, unbewohnte Inseln und drei öde Felsenriffe, sind wieder einmal zu lästigen Stolpersteinen der japanisch-chinesischen Beziehungen geworden. Pünktlich ein Jahr nach der großen Euphorie anlässlich der Ratifizierung des Friedens- und Freundschaftsvertrages mit China, erinnerte der stellvertretende Ministerpräsident Gu Mu Japan an dieses leidige Territorialproblem.

Gu Mu, der nach Japan gekommen war, um einen 5,5 Mrd. US\$-Kredit aus dem japanischen Entwicklungshilfe-Fonds (der äußerst günstige Kreditbedingungen vorsieht: 1,25-4,25% Zinsen bei zwanzig bis dreißig Jahren Laufzeit) einzuwerben, erinnerte seine japanischen Gastgeber unverblümt daran, daß China die Senkakus (chinesisch: "Tiao yü tai") als "natürlichen Teil" des chinesischen Territoriums betrachte (1).

Der chinesische Minister reagierte mit dieser erneuten Bekräftigung des chinesischen Rechtsstandpunktes (2) auf Fragen nach den Möglichkeiten gemeinsamer Ölsuche im chinesisch-japanischen Seegebiet um die Inselgruppe. Drei Punkte hob Gu Mu hervor:

1. China hat stets nachdrücklich deutlich gemacht, daß die Senkakus unter die chinesische Souveränität fallen.
2. Für gemeinsame Prospektion kann die Auseinandersetzung um die Territorialfrage "vertagt" werden (wörtl.: "beiseite gelegt werden").
3. Alle Verwicklungen, die dabei auftreten könnten, ließen sich durch Gespräche und gegenseitige Abstimmung lösen (3).

Das japanische Außenministerium reagierte auf Gus (Fortsetzung von S. 1011)

während der Vollstreckung zu der Erkenntnis kommen, daß das Urteil fehlerhaft ist, oder falls der Täter eine Beschwerde erhebt, so haben sie sich an die Volksanwaltschaft oder an das Volksgericht, von dem das Urteil stammt, um weitere Veranlassung zu wenden.

#### § 164

Die Volksanwaltschaft übt Aufsicht über die Vollstreckung der Urteile und Beschlüsse von Volksgerichten in Strafrechtsangelegenheiten sowie über die Gesetzmäßigkeit des Verhaltens von Gefängnissen, Inhaftierungsstellen und Arbeitserziehungsorganen. Falls Gesetzesverstöße entdeckt werden, sind sie den Vollstreckungsbehörden zur Richtigstellung mitzuteilen.

provozierende Äußerungen mit ungewöhnlicher Schärfe: Es sei für die japanische Seite "unverständlich, warum Gu nach Japan komme und solche Äußerungen tue" (4); selbstverständlich liege das Hoheitsrecht über die Senkakus bei Japan.

Auch Taiwan meldete sich zu Wort und bekräftigte seinerseits Ansprüche auf die Senkakus, womit die traditionelle Gruppierung der drei streitenden Parteien sich wieder zusammengefunden hatte.

Konservative Kommentatoren in Japan erregten sich über Gu Mus Äußerungen besonders. Ogawa Masaru von der "Japan Times", ein einflußreicher Journalist mit besten Beziehungen zur Regierungspartei, schrieb erbost: "Gus Anspruch kann nur als arrogante Überheblichkeit genommen werden, bei der er rücksichtslos Japans Rolle als Gastgeber ausnutzte." Mit Recht wies er darauf hin, daß die Frage der territorialen Zugehörigkeit der Senkakus erst nach 1968 zu einem Problem wurde, als ein Wissenschaftler-Team die Vermutung äußerte, im Meeresboden um die Inseln könnten umfangreiche Ölressourcen lagern (5).

#### Japanische Wunschvorstellung: Gemeinsame Exploration

Aus Gus Verhalten zog Ogawa den Schluß, daß Japans Angebot an China, gemeinsam um die Senkakus nach Öl zu suchen, "aus der Sicht des Kommunistischen China zweifellos als ein Zeichen der Schwäche gewertet worden ist, denn Japan ist durchaus in der Lage, aus eigener Kraft die Öllager zu erschließen" (6). Damit sprach Ogawa genau jene Pläne an, die Gu wohl mit seiner harten Stellungnahme von vornherein

行中, 如果认为判决有错误或者罪犯提出申诉, 应当转请人民检察院或者原判人民法院处理。

第一百六十四条 人民检察院对刑事案件的判决、裁定的执行和监狱、看守所、劳动改造机关的活动是否合法, 实行监督。如果发现违法的情况, 应当通知执行机关纠正。

durchkreuzen wollte: japanische Alleingänge bei der Exploration um die Senkakus.

Diese aber hatten offensichtlich schon mit vorsichtigen Versuchen begonnen, geologische Untersuchungen auf den Senkakus voranzutreiben. Gegenüber solchen Manövern, aber auch hinsichtlich gemeinsamer Exploration mit China bewahrt das japanische Außenministerium größte Zurückhaltung: Solange die territoriale Zugehörigkeit der Senkakus nicht sicher geklärt ist, ist es nicht sinnvoll, die geologischen Voruntersuchungen nachdrücklich voranzutreiben; auch der chinesische Vorschlag einer "Vertagung" des Territorialproblems reicht als Grundlage nicht aus. Diese Ansicht wird von den meisten Spezialisten im japanischen Außenministerium vertreten (7).

Im Haushaltsplan-Entwurf vom März 1978 (Fiskaljahr 1979) war im Etat für die Entwicklung Okinawas (Federführung: Okinawa-Entwicklungsbehörde) unter dem Titel "Kosten für Untersuchungen über Möglichkeiten der Erschließung und Nutzbarmachung der Gebiete um die Senkakus" ein Betrag von 3,5 Mio. Yen ausgeworfen (8). Diese Voruntersuchungen begannen im Juni 1979. Das japanische Außenministerium hielt sich an die Sprachregelung, daß diese Untersuchungen eine innerjapanische Angelegenheit seien, welche die Interessen anderer Staaten nicht berührten. Drei Behörden waren für die Untersuchungen verantwortlich: das Amt für Fischereiwesen, die Behörde für Sicherheit auf See/Küstenschutz (Maritime Safety Agency) und das Ministerium für Bauwesen. Das Amt für Fischereiwesen war deswegen beteiligt, weil in dem Seegebiet um die Senkakus die Hauptfanggebiete der Fischer von Kyushu für Blaufisch (aji), Bonito und Makrelen liegen (9).

Im Mai 1979 wurde Ministerpräsident Ohira erstmals darüber in Kenntnis gesetzt, daß auf den Senkakus "naturwissenschaftliche" Untersuchungen vorgenommen würden. Kurz zuvor noch hatte Justizminister Furui, einer der engsten China-Freunde in der Regierungspartei, den Ministerpräsidenten davor gewarnt, einseitige Schritte bei den Senkakus zu unternehmen; er habe aus eigenen Informationsquellen in Peking chinesische Verärgerung signalisiert bekommen. Offiziell protestierte China am 29. Mai, und am 30.5. kritisierte Deng gegenüber einem LDP-Abgeordneten die japanischen Aktionen.

Es handelte sich um Arbeiten eines Spezialistentams, das Flora und Fauna der Senkakus - und ihre geologischen Strukturen untersuchte (10). Den harten Konservativen in der LDP, die sich inzwischen in der sog. "A-kenkyukai" (Asien-Studiengesellschaft) zusammengeschlossen haben (und nicht mehr um die "Frühlingssturm-Gesellschaft"/Seirankai), waren solche Aktionen nicht demonstrativ genug - sie verlangten, auf den Senkakus das Sonnenbanner zu hissen und den Hubschrauber-Landeplatz, der provisorisch im März 1978 errichtet worden war, als feste Basis auszubauen.

Der Plan gemeinsamer Prospektion bei den Senkakus war am 10. Juli zuerst von dem Verkehrsminister Moriyama (Miki-Fraktion) aufgegriffen worden. Während Mikis innerparteiliche Gruppe (Fraktion) zu den "Tauben" der Regierungspartei zählt, wird Moriyama als "Falke" eingestuft, d.h. als einer jener Politiker, die vor einer zu starken Annäherung an China warnen. Nach Aussagen von Moriyama schätzen japanische Behörden die Kosten einer Exploration auf ca. 2 Mrd. US\$, etwa den gleichen Betrag,

der für eine Erschließung der Bohai-Bucht nötig wäre (11).

Die japanischen "Falken" sind keineswegs gegen gemeinsame Exploration mit China, im Gegenteil, sie sehen darin größere Möglichkeiten, weil ihrer Meinung nach das neue Seerecht Japan Nachteile bringt; diese können umgangen werden, wenn Japan und China gemeinsam mit der Prospektion beginnen. Für die "Falken" liegt das Problem eher in der Haltung zu Taiwan: Taipei hatte am 29. Juni erklärt, es werde jedes Abkommen zwischen Peking und Tokio über die Senkaku-Seegebiete als ungültig betrachten (12); dagegen hatte das japanische Außenministerium diese Warnung als bedeutungslos bezeichnet, weil Tokio keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan unterhält. Bedenken gegen eine Mißachtung taiwanesischer Interessen könnten aber sehr wohl einigen führenden Regierungsmitgliedern kommen: Noch immer ist der Einfluß der Altkonservativen und Taiwanfreunde wie dem früheren Ministerpräsidenten Kishi, aber auch Politikern wie Fukuda, in der Regierungspartei so stark, daß der amtierende Ministerpräsident Ohira auf sie Rücksicht nehmen muß (12a), wenn er 1980 wiederum zum Parteipräsidenten (und damit zum Regierungschef) gewählt werden möchte; dies um so mehr, als die LDP unter Ohiras Führung am 7. Oktober eine schwere Wahlschlappe hinnehmen mußte.

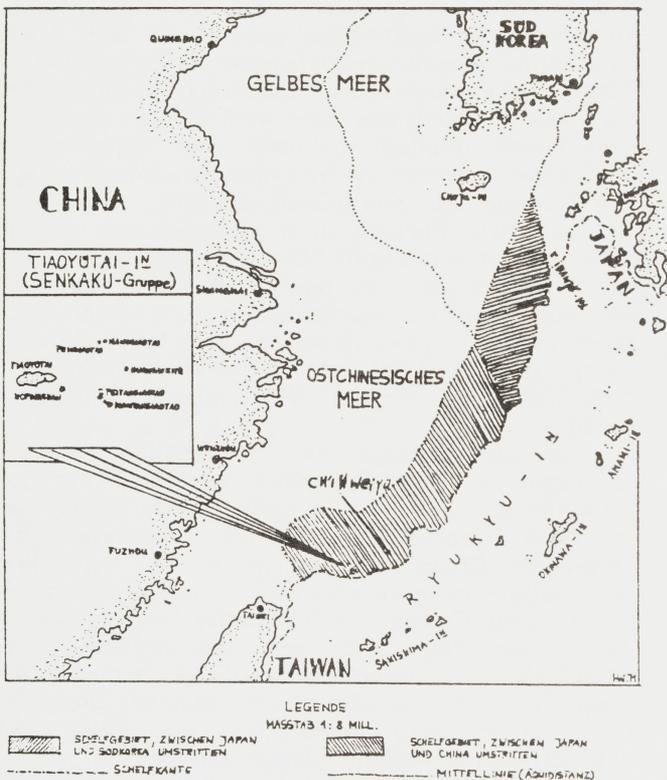
Für die gemeinsamen Erschließungsuntersuchungen war das Seegebiet außerhalb der 12-Seemeilen-Zone um die Senkakus, das nicht mit den von Taiwan beanspruchten Gebieten zusammenstieß, vorgesehen. China hatte der japanischen Seite über inoffizielle Kanäle zu erkennen gegeben, daß es mit gemeinsamer Prospektion einverstanden sei: Gegenüber einer Delegation der japanischen Sozialisten (13), beim Besuch einer LDP-Parlamentariergruppe und vor Journalisten der "Mainichi Shimbun" hat China sich dazu grundsätzlich bereiterklärt. Der stellvertretende Außenminister Han Nianlong sagte zu den "Mainichi"-Journalisten: "(Das Territorialproblem) ist eine Kleinigkeit. Wir dürfen es nicht zu einem Hindernis bei der Entwicklung enger Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern werden lassen" (14). Aber Han machte auch deutlich, daß China a) die Prospektion um die Senkakus in Zusammenhang mit der gesamten Erschließung der Ölvorkommen im Ostchinesischen Meer sieht, und b) die japanische Seite jede Forcierung der Territorialfrage vermeiden muß.

Inzwischen haben drei japanische Ölgesellschaften für Gebiete um die Senkakus Schürfrechte beim Außenministerium (!) beantragt, und ihre Anträge wurden bereits - inoffiziell - bearbeitet (15). Aber das japanische Außenministerium zögert. Neben der Territorialfrage bleibt auch ungeklärt:

1. ob China bereit und fähig ist, seinerseits Kapital für die Prospektion beizusteuern (der Bohai-Fall zeigt, daß China eine vollständige Vorausfinanzierung durch Japan erwartet),
2. welche Vorstellungen China über die Verteilungsmodalitäten etwaiger Fördermengen hat, und schließlich,
3. welche Priorität China überhaupt der Exploration um die Senkakus beimißt (16).

Das japanische Außenministerium vertrat in dieser Phase den Grundsatz, daß auch ohne eine endgültige Klärung der territorialen Zugehörigkeit der Senkakus

Exploration möglich sei, wenn beide Seiten sich darüber einigen könnten, welche Gebiete a) unbestritten chinesisches Seegebiet sind, und welche Gebiete b) zu dem umstrittenen Gebiet um die Senkakus gehören, das von Japan beansprucht wird. Hier nun prallen die zwei grundverschiedenen Theorien der Seegrenzziehung aufeinander: China vertritt die "Theorie der natürlichen Verlängerung (des Festlandsockels)", und Japan vertritt die "Mittellinien-Theorie". Die Grenzziehung nach den beiden Modellen ergibt das folgende Bild:



Ein weiteres rechtliches Problem ergibt sich aus einer Formulierung, die im ersten Entwurf eines neuen Seerechts enthalten ist: "Unbewohnte Felsenriffe und -inseln werden als geographische Fußpunkte einer Grenzziehung nicht anerkannt." Zwar haben junge japanische Ultrakonservative Anfang 1979 mit einem permanenten Biwak auf einer Senkaku-Insel begonnen - sie genießen die offene und versteckte Förderung vieler Konservativer in der LDP -, aber es ist wohl kaum zu leugnen, daß die Inseln unbewohnt sind im Sinne des Gesetzentwurfes. Dem halten japanische Konservative zwar entgegen, daß es einmal auf den Senkakus sogar ein Fischverarbeitungsunternehmen gegeben habe (17), aber jede Argumentation, die auf die Vergangenheit zurückgreift, führt zu einer endlosen Debatte (zwischen China und Japan) darüber, wer zuerst auf den Inseln Fuß faßte und sie in Besitz genommen hat (18).

Weder China noch Japan kann es sich leisten, auch nur einen Fußbreit von ihrem Rechtsstandpunkt abzuweichen: China würde durch jede Form von Nachgeben Zweifel über die Ernsthaftigkeit seiner Ansprüche auf die Spratley- und Paracel-Inseln aufkommen lassen, während Japan durch eine flexiblere Haltung bei der Sowjetunion den Eindruck erwecken könnte, man lasse über die sowjetisch besetzten "nördlichen Territorien", also die vier südlichen Kurilen-Inseln, mit sich reden. Ohnehin hat die

Bereitschaft der Japaner, bei dem Abschluß des Friedens- und Freundschaftsvertrages mit China die Territorialfrage hinsichtlich der Senkakus "beiseite zu legen", auf Seiten der Sowjets allerhöchste Verwundung ausgelöst: Bei einem ähnlichen Verfahren ließe sich immerhin denken, daß dann auch mit der Sowjetunion der Abschluß des längst fälligen Friedensvertrages möglich sein müßte.

### Hintergrund der Senkaku-Problematik

Öl steht hinter allen Senkaku-Problemen; Japans Durst nach Öl macht chinesische Angebote, japanische Firmen an der Erschließung neuer Ölfelder zu beteiligen, höchst attraktiv. Besonders verlockend erschien die Beteiligung an der Erschließung des vermutlich größten chinesischen Off-shore-Feldes in der Bohai-Bucht. Verhandlungen über ein "Bohai-Modell" - Kapital und Technik aus Japan gegen Ertragsnutzung -, die seit Beginn 1979 liefen, brachten jedoch bisher kein konkretes Ergebnis, d.h. einen Vertrag. Es ging um 20.000 qkm im südlichen Teil der Bohai-Bucht, aber China unterbrach die Verhandlungen im Februar ohne nähere Begründung; sie kamen erst gegen Jahresmitte wieder in Gang. Auf japanischer Seite hatte man das "Bohai-Modell" nicht ohne Bedenken gesehen: Nach chinesischen Vorstellungen sollte Japan Vorausinvestitionen in Höhe von 2 Mrd. US\$, davon 200 Mio. US\$ für die Prospektion, auswerfen (19).

Bei den Verhandlungen verloren die Japaner die erste Runde gegen westliche Konkurrenten: Während des Besuches des französischen Industrieministers André Giraud im August in China vergaben die Chinesen erste Prospektionsrechte in der Bohai-Bucht an zwei staatliche französische Ölfirmen. Im Juli hatte Peking mit fünf internationalen Ölgesellschaften Verträge über Ölsuche in einem 80.000 qkm großen chinesischen Meeresgebiet unterzeichnet (nämlich mit der italienischen Agip/ENI, Phillips, Tatal, Elf und Allied Chemical) (20).

Die Vertragsabschlüsse mit westlichen Firmen sind jedoch kaum als eine Art chinesische "Vergeltung" für die einseitig von Japan vorgenommenen Untersuchungen auf den Senkakus, die gegen ausdrückliche Warnungen Peking erfolgten, zu werten (21). Vielmehr hat China wohl die "Ölwaffe" angewendet, um Japan in anderer Richtung unter Druck zu setzen: Es ging um die umfangreiche Liste von Kreditwünschen, die der stellvertretende Ministerpräsident Gu Mu Anfang September in Tokio abgab. Die Vergabe von Prospektionsrechten an Dritte dürfte daher einmal als Warnung an die japanische Adresse gedacht gewesen sein: Tokio solle sich nicht dem Irrtum hingeben, ohne eigene Anstrengungen auf dem chinesischen Markt eine exklusive Rolle spielen zu können. Zum anderen sollte dieser massive Hinweis auf die Konkurrenz Chinas Vorstellungen von japanischen Krediten in Tokio schmackhaft machen. Der Peitsche folgte auch gleich das Zuckerbrot: Japanische Firmen sind keineswegs gänzlich aus dem Bohai-Projekt ausgeschlossen; im Gegenteil scheinen die Verhandlungen nach den Schreckschüssen flüssiger zu laufen, und Japan wird vermutlich jetzt im nördlichen Teil der Bohai-Bucht bohren können (22), während in den Anfangsverhandlungen der südliche Teil vorgesehen war (23); allerdings ist frühestens nach Ablauf von fünf Jahren mit den ersten wirtschaftlichen Fördermengen zu rechnen (24).

### Chinesisches Öl in der japanischen Wirtschaftsplanung

Die eifrigen Wirtschaftsplaner Japans prophezeien für das Jahr 2030 die völlige Unabhängigkeit von Öleinfuhren (25). Vorläufig aber ist Japan davon noch weit entfernt; es gilt vielmehr, die mittelfristigen Planziele zu erreichen, die auf dem Tokio-Gipfel festgelegt worden sind. Der Anteil des Öls am gesamten japanischen Energiebedarf beträgt zur Zeit ca. 75% und soll bis 1985 auf 62,9%, bis 1990 auf 50% und im Jahre 1995 bis auf 43,1% sinken (26). Die "Nihon Keizai Shimbun" errechnete für die Jahre bis 1985 als Ziel folgende Öleinfuhrmengen pro Tag: 1977-538, 1978-523, 1979-540, 1980-540, 1985-630 bis 690 (Einheit: 10.000 barrel/Tag) (27).

Der Anteil chinesischen Öls an den gesamten Ölimporten Japans betrug 1978 nur 3,2% (=8.658.000 kl, Takahashi nennt 8.724.000, S.43), knapp ein Viertel der Öleinfuhren kommen z.B. aus Indonesien (35.067.000=12,9% der Gesamtimporte an Öl) (28). Auf mittlere Sicht wird sich der Anteil chinesischen Öls kaum wesentlich erhöhen, aber es bleibt Japan kaum eine Wahl, auch weiterhin zu versuchen, die "chinesische Karte" zu spielen: Der Ölfluß aus dem Nahen Osten, mit 77,8% der größte Anteil, wird nicht nur durch politische Unruhen gefährdet, das nahöstliche Öl kommt Japan auch immer teurer. So hat die Nationale Iranische Ölgesellschaft nach Meldungen aus Tokio den Preis je barrel auf 38 US\$ angehoben (29). Zwar ist Japans Hauptsorge nicht der Preis, sondern die sichere Versorgung mit den notwendigen Mengen, aber verglichen mit dem chinesischen Öl (16,36 US\$/barrel) = Erhöhung um 19,17% ist nahöstliches Öl erheblich teurer, wenn auch deutlich besser.

1978 hat Japan aus China Rohöl im Wert von 753 Mio.US\$ eingeführt, das bedeutet eine Steigerung von 16%. Dagegen ist der Anteil der Ölimporte am gesamten Import aus China von 42% in 1977 auf 37% in 1978 gesunken. Der Grund liegt in starker Steigerung anderer chinesischer Exporte (z.B. Textilien und Bekleidung: Steigerung 74%) (30).

Aus der Rückschau muß man die vorsichtigen Versuche Japans, im Juni auf eigene Faust bei den Senkakus zu prospektieren, als einen Versuchsballon bezeichnen, mit dem die japanische Seite die chinesische Toleranzbreite abmessen wollte. Das Ergebnis dürfte den Japanern jetzt klar sein: Exploration bei den Senkaku/Tiaoyütai-Inseln ist für die chinesische Führung gegenüber anderen Ölvorkommen von zweitrangiger Bedeutung; noch sind die Prospektionskosten und die wahrscheinlichen Kosten einer Ausbeutung zu hoch, und überdies fehlt noch jeder greifbare Beweis, daß bei den Senkakus wirklich Ölressourcen vorhanden sind. Andererseits aber wird China auch nicht hinnehmen, daß Japan einseitig und auf eigene Faust dort exploriert; Japan seinerseits ist gegenwärtig zu sehr an der Beteiligung bei anderen chinesischen Ölvorkommen interessiert, als daß es über das Territorialproblem der Senkakus mit China eine Konfrontation riskieren würde.

### Anmerkungen:

- 1) AS, 7.9.79.
- 2) Vgl. zur Diskussion über die territoriale Zugehörigkeit der Senkakus: Nieh, Y.H. "Tiaoyütai und das Problem des Festlandssockels im Ostchinesischen Meer", in: Verfassung und Recht in Übersee, Heft 4, 1971, S.443-455).
- 3) AS, 7.9.79 und JT, 7.9.79.
- 4) AS, 7.9.79.
- 5) JT, 16.9.79.
- 6) Ebd.
- 7) AS, 24.7.79.
- 8) AS, 6.6.79.
- 9) AS, 7.9.79.
- 10) AS, 6.6.79.
- 11) AS, 10.7.79.
- 12) AS, 24.7.79.
- 12a) Vgl. dazu Pohl, M., Der Senkaku-Zwischenfall und seine Auswirkungen auf die japanische Innenpolitik, in: C.a., Juni 1978, S.339-343.
- 13) Yomiuri Shimbun, 16.7.79.
- 14) Mainichi Shimbun, 15.7.79.
- 15) Yomiuri Shimbun, 16.7.79.
- 16) Ebd.
- 17) AS, 27.7.79.
- 18) Vgl. dazu die ausführliche Darstellung bei Nieh, a.a.O.
- 19) Takahashi Susumu, Saikin no Nitchu boeki keizai no doko, Neueste Entwicklungen im chinesisch-japanischen Handel und in der Wirtschaft, in: Keiztai to gaiko (Wirtschaft und Außenpolitik = Offizielle Zeitschrift des japanischen Außenministeriums; der Autor ist Leiter des China-Referates in der Asienabteilung des Außenministeriums), 6 (1979), S.39-43, hier: S.41, zit. fortan: Takahashi.
- 20) Erdöl-Dienst, Nr.57, 20.7.79, Blatt 4.
- 21) Asiaweek, 31.8.79, S.40.
- 22) Asiaweek, 31.8.79, S.40.
- 23) Takahashi, a.a.O., S.41.
- 24) Asiaweek, 21.9.79, S.40.
- 25) JEJ, 18.9.79.
- 26) FEER, 28.9.79, S.58 und JEJ, 11.9.79.
- 27) Ekonomisto/jap., 17.7.79, S.11.
- 28) FEER, 28.9.79, S.58.
- 29) SZ, 2.10.79.
- 30) Takahashi, a.a.O., S.40 und 43.